

SG-1-129 GRÜNE Politik für ein menschenwürdiges Existenzminimum: Garantiesicherung und Kindergrundsicherung statt Hartz IV

Antragsteller*in: Leo Neydek (KV Rhein-Lahn)

Änderungsantrag zu SG-1

Nach Zeile 129 einfügen:

Um den Kommunen die hierzu notwendigen finanziellen Spielräume zu eröffnen, sehen wir uns weiterhin in der Pflicht, sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene für eine Entlastung der Kommunen zu sorgen. Gerade dem Bund kommt als Sozialgesetzgeber hier eine besondere Verantwortung zu. Deshalb fordern wir, die Schuldenproblematik über einen Altschuldentilgungsfond des Bundes dauerhaft zu lösen.

Auf Landesebene wollen wir das Land wieder stärker an den steigenden Ausgaben der Jugendhilfe nach SGB VIII beteiligen und anstelle der zweiprozentigen Fortschreibung des Festbetrages der Landeszuwendung wieder zu einer anteiligen Lösung zurückkehren, um den Finanzbedarf der Landkreise und kreisfreien Städte für diese Pflichtaufgabe zu verringern.

Begründung

erfolgt mündlich